

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/21390 –**

### **Berichte über Verflechtungen von Fridays for Future mit linksextremistischen Organisationen**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Die „WELT“ berichtet in einem Artikel vom 20. Mai 2020 ([www.welt.de/politik/deutschland/plus208101385/Klimaschutz-Wenn-Linksextremisten-fuer-Fridays-for-Future-die-Zeche-zahlen.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/plus208101385/Klimaschutz-Wenn-Linksextremisten-fuer-Fridays-for-Future-die-Zeche-zahlen.html)) über Verflechtungen von Fridays for Future (FFF) zur Roten Hilfe e. V., die von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder als linksextremistisch eingestuft wird. FFF-Heidelberg bewarb auf der eigenen FFF-Website unter anderem einen Workshop der Roten Hilfe e. V. mit folgenden Worten:

„Rote Hilfe

Vortrag/Workshop: Die großen Proteste gegen Klimazerstörung zum Beispiel im Hambacher Forst oder bei Ende Gelände sind schon seit Jahren von brutalen Polizeieinsätzen und Prozessen betroffen. Auch gegen die breiten Massenproteste der Klimabewegung wie zum Beispiel Fridays for Future geht der Staat zunehmend repressiv vor: Mannheimer Schülerinnen und Schüler wurden mit Bußgeldern bedroht, einige Aktivistinnen und Aktivisten mussten wegen Mobilisierungsparolen auf der Straße und Hauswänden Geldstrafen bezahlen, am Rand der Heidelberger FFF-Demo kam es zu Festnahmen, und in anderen Städten wurden Sitzblockaden nach den FFF-Protesten brutal geräumt. Doch den Einschüchterungsversuchen der Polizei stehen wir weder machtlos noch allein gegenüber.“ (<https://fridaysforfuture-heidelberg.de/event/s/17-uhr-was-tun-wenns-brennt-rechtshilfetipps-fuer-klimaaktivistinnen/>, abgerufen am 25. Mai 2020).

Im oben genannten Artikel heißt es ferner, dass die Rote Hilfe e. V. Personen von FFF im Rahmen von Rechtshilfe unterstützt habe, so beispielsweise eine Anmelderin einer FFF-Demonstration in Stuttgart, der ein Strafbefehl zugestellt worden sei, da sich Teilnehmer nicht an die vorgesehene Route hielten. Auf Nachfrage von „WELT“ (s. o.) teilte FFF-Sprecherin Carla Reemtsma schriftlich mit, auf Bundesebene habe keine Zusammenarbeit mit der Roten Hilfe stattgefunden. Grundsätzlich allerdings will man eine Kooperation mit Gruppen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, nicht ausschließen:

„Wir verstehen uns als demokratische, den Menschenrechten und dem Klimaschutz verpflichtete Organisation. Auf Grundlage dieser Werte wählen wir Gruppen für den gemeinsamen Protest für Klimagerechtigkeit aus“, so Reemtsma ([www.welt.de/politik/deutschland/plus208101385/Klimaschutz-Wenn-Linksextremisten-fuer-Fridays-for-Future-die-Zeche-zahlen.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/plus208101385/Klimaschutz-Wenn-Linksextremisten-fuer-Fridays-for-Future-die-Zeche-zahlen.html)).

Polizeibehörden und Sicherheitsbehörden warnten schon in der Vergangenheit immer wieder vor einer Unterwanderung durch Linksextremisten oder eine in diese politische Richtung gehende Radikalisierung der FFF-Bewegung ([www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/1883441/lka-warnt-vor-radikalisierung-der-fridays-for-future-klimaschuetzer](http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/1883441/lka-warnt-vor-radikalisierung-der-fridays-for-future-klimaschuetzer); <https://www.abendblatt.de/hamburg/article227124453/Verfassungsschutz-Hamburg-Linksextremisten-Klima-Demo-Verkehr-lahmlegen-Fridays-for-Future-Jungfernstieg-Blockade-Verkehrsaos-Interventionistischen-Linke.html>).

Bereits früher wurde über Unterwanderungsversuche der FFF-Bewegung wie beispielsweise durch die linksradikale Marxistisch-Leninistische Partei (MLPD) berichtet ([www.focus.de/politik/gerichte-in-deutschland/gerichte-staerken-radikale-partei-linksextremisten-bei-fridays-for-future-wie-stalin-fans-die-streiks-fuer-sich-nutzen\\_id\\_11407189.html](http://www.focus.de/politik/gerichte-in-deutschland/gerichte-staerken-radikale-partei-linksextremisten-bei-fridays-for-future-wie-stalin-fans-die-streiks-fuer-sich-nutzen_id_11407189.html)).

Luisa Neubauer, eine Sprecherin von FFF, bekundete zudem immer wieder ihre Solidarität mit Ende Gelände (<https://taz.de/Vor-dem-Klimastreik!/5640907/>; ZDF-Morgenmagazin: „Fridays For Future“-Neubauer: „Die Leute eiern rum“) und sprach bei einer Veranstaltung der radikalen (<https://www.tagesschau.de/faktenfinder/extinction-rebellion-107.html>) Bewegung Extinction Rebellion ([www.berlin.de/special/energie-undumwelt/nachrichten/5930876-5436174-aktivistin-neubauer-unterstuetzt-extinct.html](http://www.berlin.de/special/energie-undumwelt/nachrichten/5930876-5436174-aktivistin-neubauer-unterstuetzt-extinct.html); [www.welt.de/politik/deutschland/article200502934/Extinction-Rebellion-Luisa-Neubauer-haelt-Flughafenblockaden-fuer-legitim.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article200502934/Extinction-Rebellion-Luisa-Neubauer-haelt-Flughafenblockaden-fuer-legitim.html)). Ende Gelände ist inzwischen vom Berliner Verfassungsschutz als linksextrem eingestuft worden ([www.faz.net/aktuell/politik/inland/berliner-verfassungsschutz-stuft-ende-gelaende-als-linksextrem-ein-16780077.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/berliner-verfassungsschutz-stuft-ende-gelaende-als-linksextrem-ein-16780077.html); [www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/verfassungsschutz-stoppt-die-linksextremen-klimaretter-16782808.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/verfassungsschutz-stoppt-die-linksextremen-klimaretter-16782808.html)).

Im Frühjahr 2019 hatte sich zudem die Bewegung „Change for Future“ innerhalb von FFF gegründet ([www.heise.de/tp/features/Ein-Wirtschaftssystem-das-auf-Wachstum-und-Profit-ausgelegt-ist-kann-nicht-nachhaltig-sein-4401440.html](http://www.heise.de/tp/features/Ein-Wirtschaftssystem-das-auf-Wachstum-und-Profit-ausgelegt-ist-kann-nicht-nachhaltig-sein-4401440.html)). Change for Future stellt dabei die antikapitalistische Plattform innerhalb der Bewegung dar (ebd.). In einem Interview wird die Ansicht vertreten, dass die Herausforderungen des Klimawandels nicht gelöst werden könne, solange sie den Systemzwängen des Kapitalismus unterliegen und dass daher die Systemfrage gestellt werden muss (ebd.). Mit der Plattform sollen zudem Antikapitalisten in der FFF-Bewegung vernetzt werden (ebd., vgl. auch [www.welt.de/vermisches/article198188187/Fridays-for-Future-in-Lausanne-Greta-Thunberg-schickt-Journalisten-raus.html](http://www.welt.de/vermisches/article198188187/Fridays-for-Future-in-Lausanne-Greta-Thunberg-schickt-Journalisten-raus.html)).

Nach einer Pressemeldung sieht das Bundesamt für Verfassungsschutz schon länger den Trend, dass Extremisten an gesellschaftliche Bewegungen andocken: „Vor diesem Hintergrund können auch Protestbewegungen wie Fridays for Future zum Ziel linksextremistischer Agitation werden.“ („Einblicke – Linksextremisten könnten Klimaaktivisten unterwandern“, <https://www.pressreader.com/germany/ems-zeitung/20190920/281625307016174>). Die Protestbewegung der Jugendlichen sei für Linksextremisten aus verschiedenen Spektren als Anknüpfungspunkt sehr attraktiv, weil sie in den Medien präsent, breit verankert und demokratisch zusammengesetzt sei (ebd.). Nach Ansicht des Bundesamtes für Verfassungsschutz bemühe sich die Bewegung im Rahmen der eigenen Veranstaltungen um Abgrenzung und lehne offene politische Agitation von Linksextremisten ab (ebd.).

Ob diese Einschätzung noch vertretbar ist, ist nach Auffassung der Fragesteller im Rahmen einer Gesamtbetrachtung äußerst fraglich: Erst kürzlich erfolgte ein Twitter-Post von FFF Weimar vom 30. Juni 2020 ([www.nordkurier.de/aus-aller-welt/fridays-for-future-gruppe-wegen-volksverhetzung-angezeigt-0339907807.html](http://www.nordkurier.de/aus-aller-welt/fridays-for-future-gruppe-wegen-volksverhetzung-angezeigt-0339907807.html)). Darin wurde der Polizei vorgeworfen, dass sie diskrimi-

niert, mordet, prügelt und hehlt (ebd.). Stattdessen sollte man Antifa und Migrantifa wertschätzen (ebd.). Die Kriminalpolizei Weimar erstatte inzwischen Strafanzeige wegen Volksverhetzung (ebd.). In einem vorhergehenden Post auf Twitter wurde der Polizei strukturelle Demokratiefeindlichkeit von FFF Weimar unterstellt (ebd.). FFF Frankfurt erklärte einem enttäuschten FFF-Fan, der beklagte, die Weimarer Klimaschützer würden mit ihrem Polizeihass die gesamte Bewegung diffamieren: „Nope, sie sprechen Probleme an, die angesprochen werden müssen!“ (ebd.).

1. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Anzahl an Mitgliedern der Roten Hilfe e. V., der Interventionistischen Linken (IL), der MLPD sowie Aktivisten von Ende Gelände oder einer sonstigen links-extremistischen Organisation (z. B. Antifa-Gruppierungen), die sich auch bei FFF engagieren (bitte nach Organisation und Anzahl aufschlüsseln)?

Nach Erkenntnissen der Bundesregierung handelt es sich bei „Fridays for Future“ um eine demokratische Protestbewegung. Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen der Bundesregierung nicht vor.

2. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich einer Zusammenarbeit der FFF-Bewegung mit den unter Frage 1 genannten links-extremistischen Organisationen oder einer geplanten Durchführung von gemeinsamen Veranstaltungen seit 2019 (bitte nach Veranstaltung, Datum, jeweiliger linksextremistischer Organisation und Art der Zusammenarbeit aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über eine strukturelle Zusammenarbeit der „Fridays for Future“-Bewegung mit den genannten Gruppierungen vor. Im Rahmen von bundesweiten Protestorganisation ruft „Fridays for Future“ zum Teil gemeinsam vor allem mit dem linksextremistisch beeinflussten Bündnis „Ende Gelände“ zu Aktionen und Demonstrationen auf. Ein statistischer Überblick hierzu liegt der Bundesregierung nicht vor.

3. Sind Aktivisten von FFF nach Kenntnis der Bundesregierung in links-extremistischen Foren im Internet aktiv und/oder rufen dort zu gemeinsamen Protestaktionen auf (wenn ja, bitte diese Foren und zu welchen konkreten Protesten aufgerufen wurde benennen)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

4. Welche Bemühungen sind der Bundesregierung im Hinblick auf die FFF-Bewegung dahingehend bekannt, dass sich diese ernsthaft von allen linksextremistischen Strömungen abgrenzt und dazu beispielsweise Unvereinbarkeitsbeschlüsse zum Schutz von Unterwanderungen linksextremistischer Organisationen gefasst hat?

„Fridays for Future“ solidarisiert sich nach eigener Aussage mit allen Akteuren, die sich friedlich für die klimapolitischen Forderungen von „Fridays for Future“ einsetzen (vgl. [www.fridaysforfuture.de/forderungen](http://www.fridaysforfuture.de/forderungen)). Die Bundesregierung hat keine Kenntnis darüber, ob eine über die Gewaltfreiheit hinausgehende Abgrenzung – etwa in der Frage unterschiedlicher Aktionsformen – erfolgt.

5. Wie oft hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung FFF mit Ende Gelände in Interviews oder Pressemeldungen solidarisiert?

Vertreter der „Fridays for Future“-Bewegung haben sich zu verschiedenen Anlässen öffentlich mit den Aktionsformen von „Ende Gelände“, insbesondere mit Besetzungen und Blockaden im Rahmen des Konzepts des „zivilen Ungehorsams“, solidarisiert. Ein statistischer Überblick liegt der Bundesregierung hierzu nicht vor.

6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bereitschaft und die Bemühungen von FFF, sich von linksextremistischen Strömungen ernsthaft zu distanzieren?

Es wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

7. Sieht die Bundesregierung Anzeichen für eine Radikalisierung von FFF oder einzelner Ortsgruppen?

Protestbewegungen wie „Fridays for Future“ sind grundsätzlich dazu geeignet, zum Ziel linksextremistischer Agitation zu werden, da Linksextremisten regelmäßig gesellschaftliche Debatten aufgreifen und versuchen, diese im Rahmen ihrer Ideologie zu beeinflussen, zu radikalisieren oder zu instrumentalisieren. Der Bundesregierung liegen jedoch weiterhin keine Erkenntnisse zu einer tatsächlichen Unterwanderung oder Instrumentalisierung der „Fridays for Future“-Proteste durch linksextremistische Gruppierungen vor. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

8. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über linksextremistische Strömungen innerhalb der FFF-Bewegung?

Wie beurteilt die Bundesregierung das Gewicht dieser linksextremistischen Strömungen innerhalb von FFF?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

9. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zur Change-for-Future-Gruppierung innerhalb der FFF-Bewegung (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) hinsichtlich der Verbindung ihrer „Mitglieder“ zu linksextremistischen Organisationen?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

10. Wie viele Mitglieder können nach Kenntnis der Bundesregierung zur Change-for-Future-Gruppierung (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) gezählt werden?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

11. Sind bei FFF-Demonstrationen linksextremistische Organisationen nach Kenntnis der Bundesregierung regelmäßig aufgetreten, und falls ja, um welche handelt es sich?

Nach Erkenntnissen der Bundesregierung versuchen aktionsorientierte Gruppierungen, insbesondere die „Interventionistische Linke“ (IL), durch ihre Bündnispolitik Einfluss auf die „Fridays for Future“-Positionen zu gewinnen. Ausdruck dessen ist die anlassbezogen gemeinsame Durchführung von Protestaktionen. Dogmatische Gruppierungen wie die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) und ihre Jugendorganisation „Rebell“ nutzen die „Fridays for Future“-Demonstrationen für die Mitgliederwerbung.

12. Stuft die Bundesregierung Ende Gelände als extremistisch ein?

Nach Erkenntnissen der Bundesregierung ist „Ende Gelände“ ein vor allem durch die linksextremistische „Interventionistische Linke“ beeinflusstes Bündnis. Über „Ende Gelände“ findet die postautonome „Interventionistische Linke“ Anschluss an die gesellschaftlich relevanten Themen „Kohleausstieg“ und „Klimaschutz“, die sie um linksextremistische Ideologieelemente zu ergänzen und zu radikalisieren versucht.

13. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zum Personenpotenzial von Ende Gelände und dessen Gewaltbereitschaft?
14. Stehen nach Kenntnis der Bundesregierung Straftatbestände in einem unmittelbaren kausalen Zusammenhang mit Protesten von Ende Gelände seit 2015, und wenn ja, welche Straftatbestände sind dies (bitte nach Protestveranstaltung, der jeweiligen Straftatbestände sowie deren Anzahl aufschlüsseln)?

Die Fragen 13 und 14 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über das Personenpotenzial des Bündnisses „Ende Gelände“ vor. Der Anteil von Gewaltdelikten im Zusammenhang mit Veranstaltungen von „Ende Gelände“ ist nach Erkenntnissen der Bundesregierung bislang gering. Entsprechende Delikte beziehen sich zudem überwiegend auf Angriffe (von Rechts) auf Teilnehmer der Protestveranstaltungen.

Straftaten im Sinne der Fragestellung sind im Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch Motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) nicht automatisiert recherchierbar. Im Rahmen einer manuellen Auswertung wurden sämtliche mit dem KPMD-PMK seit dem 1. Januar 2015 im Demonstrationszusammenhang gemeldeten Straftaten aufgelistet. Die in den Meldungen enthaltenen Kurzsachverhalte wurden dann mittels der Suchwörter „Ende“, „Gelände“, „Ende Gelände“, „Ende im Gelände“, „Ende am Gelände“, „ende gelände“ und „Ende-Gelände“ gefiltert und die Ergebnisse manuell nach Straftaten im Sinne der Fragestellung durchsucht. Eine Zuordnung zu einer bestimmten Veranstaltung war nicht möglich.

Die so ermittelten Straftaten sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Datum	Tatort	Straftaten	Phänomenbereich
17. August 2015	Kerpen/NW	1x § 316b StGB	links
15. März 2016	Berlin/BE	1x Verstoß VersG	nicht zuzuordnen
12. Mai 2016	Welzow/BB	1x § 303 StGB	links
13. Mai 2016	Welzow/BB	1x § 123 StGB	links
14. Mai 2016	Spremberg/BB	1x § 223 StGB 1x § 224 StGB 1x § 241 StGB	links rechts rechts
14. Mai 2016	Gaulinchen/BB	1x § 316b StGB	links
15. Mai 2016	Welzow/BB	1x § 224 StGB	rechts
15. Mai 2016	Spremberg/BB	1x § 241 StGB	rechts
16. Mai 2016	Schleife/SN	1x § 111 StGB	links
11. Oktober 2017	Jänschwalde/BB	1x § 123 StGB	links
25. August 2017	Grevenbroich/NW	1x § 315 StGB	links
05. November 2017	Kerpen/NW	1x § 223 StGB	links
24. Juni 2018	Berlin/BE	1x § 123 StGB	links
26. Juni 2018	Berlin/BE	1x Verstoß VersG	nicht zuzuordnen
12. September 2018	Hamburg/HH	1x § 123 StGB	links
24. Oktober 2018	Kerpen/NW	1x § 123 StGB	links
27. Oktober 2018	Merzenich/NW	1x § 113 StGB	links
27. Oktober 2018	Kerpen/NW	1x § 201 StGB	links
15. November 2018	Berlin/BE	1x Verstoß VersG	links
13. Januar 2019	Thüngersheim/BY	1x Verstoß VersG	links
06. Februar 2019	Potsdam/BB	1x Verstoß VersG	links
18. Juni 2019	Essen/NW	2x § 303 StGB	links
21. Juni 2019	Bedburg/NW	1x § 114 StGB	links
21. Juni 2019	Rommerskirchen/NW	1x § 303 StGB	links
21. Juni 2019	Erkelenz/NW	1x § 306 StGB	links
22. Juni 2019	Jüchen/NW	2x § 114 StGB 1x § 123 StGB	links links
22. Juni 2019	Erkelenz/NW	2x § 123 StGB	links
22. Juni 2019	Titz/NW	1x § 303 StGB	links
22. Juni 2019	Mönchengladbach/NW	1x § 306 StGB	links
22. Juni 2019	Viersen/NW	1x Verstoß VersG	links
23. Juni 2019	Titz/NW	1x § 113 StGB	links
23. Juni 2019	Merzenich/NW	1x § 123 StGB	links
24. Juni 2019	Viersen/NW	1x § 113 StGB	links
03. August 2019	Mannheim/BW	2x § 316b StGB	links
29. November 2019	Cottbus/BB	1x § 111 StGB 1x § 111 StGB	nicht zuzuordnen rechts
29. November 2019	Welzow/BB	1x Verstoß VersG 5x Verstoß VersG	nicht zuzuordnen rechts
29. November 2019	Spremberg/BB	1x Verstoß VersG 1x Verstoß VersG	links rechts
29. November 2019	Peitz/BB	1x Verstoß VersG	rechts
29. November 2019	Felixsee/BB	1x Verstoß VersG	nicht zuzuordnen
29. November 2019	Berlin/BE	1x Verstoß VersG	nicht zuzuordnen
30. November 2019	Kolkwitz/BB	1x § 111 StGB	nicht zuzuordnen
30. November 2019	Welzow/BB	2x § 123 StGB	links
30. November 2019	Jänschwalde/BB	1x § 123 StGB 1x § 315 StGB 2x § 316b StGB	links links links
30. November 2019	Cottbus/BB	1x § 185 StGB	nicht zuzuordnen

Datum	Tatort	Straftaten	Phänomenbereich
30. November 2019	Neuhausen/BB	1x § 315 StGB 1x § 316b StGB	links links
30. November 2019	Trebendorf/SN	1x Verstoß gg StVG	links
30. November 2019	Spremberg/BB	1x Verstoß VersG	nicht zuzuordnen
02. Dezember 2019	Neuhausen/BB	1x § 315 StGB	links
29. Januar 2020	Berlin/BE	1x Verstoß VersG	nicht zuzuordnen
03. Februar 2020	Potsdam/BB	1x Verstoß VersG	links
26. Juni 2020	Jänschwalde/BB	1x Verstoß VersG	links

StGB: Strafgesetzbuch

VersG: Versammlungsgesetz

15. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zur Einstufung der Roten Hilfe e. V. als „extremistisch mit verfassungsfeindlichen Zielen“ durch die Verfassungsschutzbehörden der Länder insbesondere des Verfassungsschutzes in Niedersachsen, und inwieweit bestehen hier etwaige Abweichungen zur Gesamtbeurteilung durch die Bundesregierung (s. Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/3553, S. 5)?

Nach Erkenntnissen der Bundesregierung verfolgt die „Rote Hilfe e. V.“ in ihrer Gesamtheit linksextremistische verfassungsfeindliche Ziele in unterschiedlicher Intensität und ist als Bestrebung gegen die in § 4 Absatz 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes genannten Grundsätze einzustufen. Die Zuständigkeit für die Beurteilung der „Roten Hilfe e. V.“ in den einzelnen Bundesländern liegt bei den jeweiligen Landesbehörden.

16. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse zum Verhältnis der Roten Hilfe e. V. zur ehemaligen Roten Armee Fraktion (RAF), und wenn ja, welche?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragstellung vor.

17. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die Mitglieder der Roten Hilfe e. V. und deren Zugehörigkeit zu weiteren linksextremistischen Organisationen, und wenn ja, welche (bitte die jeweiligen Organisation und die Anzahl benennen)?

Nach Erkenntnissen der Bundesregierung gehörten der Roten Hilfe e. V. zum Jahresende 2019 rund 10.500 Personen an. Die Rote Hilfe e. V. selbst beschreibt sich als „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“. Ihr primäres Betätigungsfeld ist allerdings die Unterstützung von linksextremistischen Straftätern. Aus diesem Grund treten ihre Mitglieder – weder die wenigen Führungspersonen noch die überwiegend passiven Vereinsmitglieder – in der Regel nicht öffentlich für die Rote Hilfe e. V. auf.

